

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 58. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 24. Mai 2018

1. Abgeordnete
Dr. Tanja Machalet und
Kathrin Anklam-Trapp
(SPD)

Evaluationsbericht bestätigt Wirksamkeit des Modellprojekts Gemeindegewestert^{plus}

Aktuellen Medienberichten zufolge hat das Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie den Evaluationsbericht zum Modellprojekt Gemeindegewestert^{plus} kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Kernidee steht hinter dem Modellprojekt der Gemeindegewestert^{plus}?
2. Wie bewertet die Landesregierung die bisherigen Ergebnisse der Umsetzungsphase?
3. Wie schätzt die Landesregierung die vorliegenden Rückmeldungen von weiteren am Modellprojekt Beteiligten ein?
4. Wie schätzt die Landesregierung die zukünftige Weiterentwicklung des Modells der Gemeindegewestert^{plus} in Rheinland-Pfalz und darüber hinaus ein?

2. Abgeordnete
Christian Baldauf und
Adolf Kessel (CDU)

Ablehnung eines ANKER-Zentrums für Rheinland-Pfalz durch die Ministerpräsidentin

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Ministerpräsidentin ihre Zustimmung für die ANKER-Zentren im Rahmen ihres Votums für den Koalitionsvertrag und nun ihre Ablehnung in Rheinland-Pfalz?
2. Widerspricht die Landesregierung dem Ansinnen, dass während des Aufenthalts in der Erstaufnahme bereits die Identifizierung, das Asylverfahren und ggf. die Rückführung erfolgt?
3. Wie viele Abschiebungen sind im Jahr 2017 und im Jahr 2018 – differenziert nach Fällen und Anzahl der Personen – gescheitert?
4. Wie viele Asylsuchende wurden absolut und relativ 2017 und 2018 auf die Kommunen verteilt, obwohl noch nicht über ihre Bleibeperspektive entschieden wurde?

3. Abgeordnete
Matthias Joa und
Uwe Junge (AfD)

Unregelmäßigkeiten in der BAMF-Außenstelle Bingen

Im Rahmen der aktuellen Presseberichterstattung um die skandalösen Zustände im BAMF wurde nun auch bekannt, dass es erhärtete Verdachtsmomente auf Unregelmäßigkeiten in der BAMF-Außenstelle Bingen gebe.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wann wurde die Landesregierung erstmals über etwaige Unregelmäßigkeiten in der BAMF-Außenstelle Bingen informiert?
2. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung bislang über etwaige Manipulation bzw. nicht rechtmäßige Bearbeitung von Asylverfahren in der BAMF-Außenstelle Bingen?
3. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung zur Aufklärung der Sachlage ergriffen?
4. Wie viele Personen bzw. Bescheide aus Bingen sind von potenziellen Unregelmäßigkeiten betroffen?

4. Abgeordnete
Thomas Roth und
Steven Wink (FDP)

Autobahnamt Montabaur als zukünftiger Standort der Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen (IGA)

Am 20. April 2018 hat Verkehrsminister Dr. Volker Wissing bekannt gegeben, dass das Autobahnamt Montabaur erhalten bleibt und zukünftig als Standort für die Infrastrukturgesellschaft für Autobahnen (IGA) des Bundes übernommen wird.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung den Erhalt des Autobahnamts Montabaur?
2. In welcher Form und in welchem Umfang hat sich die Landesregierung gegenüber dem Bund für den Erhalt des Amts in Montabaur eingesetzt?
3. Welche Aufgaben soll das Autobahnamt Montabaur zukünftig innerhalb der IGA übernehmen?
4. Welche weiteren Standorte der Infrastrukturgesellschaft Autobahnen und sonstige Bundesstraßen wird es nach Kenntnis der Landesregierung, neben dem Standort Montabaur, in Rheinland-Pfalz und in den Nachbarländern geben?

5. Abgeordnete
Katharina Binz und
Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Einbürgerungsquoten in Rheinland-Pfalz

Anlässlich der Veröffentlichung der Einbürgerungszahlen für das Jahr 2017 am 3. Mai 2018 wird die Landesregierung um Informationen gebeten, welche Bedeutung sie der Einbürgerung für die Integration der ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner in Rheinland-Pfalz beimisst.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Bedeutung hat Einbürgerung für die Integration aus Sicht der Landesregierung?
2. Wie hat sich die Zahl der Einbürgerungen in den letzten Jahren entwickelt und wie bewertet die Landesregierung diese Entwicklung?
3. Welche Gründe sieht die Landesregierung für die unterschiedliche Einbürgerungsneigung bei den verschiedenen Herkunftsnationalitäten?
4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die Information über die Möglichkeiten und Bedingungen für eine Einbürgerung unter den Migrantinnen und Migranten zu verstärken?

6. Abgeordnete
Gabriele Wieland und
Josef Dötsch (CDU)

Enttäuschende Wirtschaftspolitik von Minister Dr. Volker Wissing – Interview der Präsidentin der Industrie- und Handelskammer Koblenz am 16. Mai 2018

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welchen konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen plant die Landesregierung dafür zu sorgen, dass Rheinland-Pfalz den letzten Platz der westdeutschen Flächenländer beim Investitionsverhalten kleiner und mittlerer Unternehmen verlässt?
2. Wie haben sich die Ausgaben für die Bereiche Forschung und Entwicklung seit dem Jahr 2011 in Rheinland-Pfalz entwickelt?
3. Durch welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen plant die Landesregierung den Bürokratieaufwand für Unternehmen zu verringern und gleichzeitig die Genehmigungsverfahren zu beschleunigen?
4. Welche konkreten Ergebnisse konnten aus den Dialogplattformen – Mittelstandsbeirat, Rat für Technologie und der Mobilitätsplattform – bisher erzielt werden und welche konkreten Handlungen/Umsetzungen sind daraus erfolgt?

7. Abgeordnete
Johannes Kломann und
Martin Haller (SPD)

Gemeinschaftsprojekt des Landes mit der Boehringer Ingelheim Stiftung

Das Land Rheinland-Pfalz und die gemeinnützige Boehringer Ingelheim Stiftung unterstützen das Institut für molekulare Biologie (IMB) an der Universität Mainz zwischen den Jahren 2020 bis 2027 mit 106 Millionen Euro, die etwa zur Hälfte jeweils von Stiftung und Land kommen. Dies haben die Ministerpräsidentin Malu Dreyer und der Vorsitzende des Vorstands der Boehringer Ingelheim Stiftung, Christoph Boehringer, Anfang Mai 2018 in Mainz bekannt gegeben.

Zuvor hatte die Boehringer Ingelheim Stiftung das Institut bereits mit 100 Millionen Euro unterstützt und das Land mit 45 Millionen Euro den Bau des Institutsgebäudes finanziert.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Schwerpunkte hat das Institut?
2. Welche Erfolge kann das Institut bereits ausweisen?
3. Mit welchen regionalen, nationalen und internationalen Forschungseinrichtungen kooperiert das Institut?
4. Welche Bedeutung hat das Institut für den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz?

8. Abgeordnete
Martin Louis Schmidt
und Jürgen Klein (AfD)

Wein- und Kulturbotschafter

Schon seit vielen Jahren besteht für Interessierte – anfangs unentgeltlich, mittlerweile aber kostenpflichtig – die Möglichkeit der Zusatzqualifikation zum „Kultur- und Weinbotschafter“. Aktuell rückt diese Ausbildung besonders ins Blickfeld, zumal mit dem Rheinland-Pfalz-Tag Anfang Juni in Worms ein kulturelles Großereignis ansteht und sich die diesjährige Weinlese mit zahlreichen Weinfesten ankündigt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wieso existieren sieben unterschiedliche Kostennennungen für dieselbe Ausbildung (Spanne von 780 bis 1 150 Euro)?
2. Aus welchem Grund werden von den sechs traditionellen Weinanbaugebieten in Rheinland-Pfalz nur vier (Mosel, Nahe, Pfalz und Rheinhessen) beworben, während die Ahr und der Mittelrhein fehlen?
3. Warum wird vor dem Hintergrund des angedachten Dachmarkenkonzeptes der Landesregierung das Angebot der Kultur- und Weinbotschafter offensichtlich weitgehend dezentral vermarktet und, wie sich insbesondere an den Internet-Auftritten zeigt, zudem uneinheitlich sowie kaum koordiniert?
4. Wer ist für das überregionale Marketing der Kultur- und Weinbotschafter verantwortlich, und warum wird diese Idee nicht massiver beworben?

9. Abgeordnete

Pia Schellhammer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Rechte von transidenten und intersexuellen Menschen stärken – Bundesratsinitiative aus Rheinland-Pfalz

Rheinland-Pfalz startet eine Bundesratsinitiative, mit der die Bundesregierung aufgefordert werden soll, das Transsexuellengesetz durch ein modernes Gesetz zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechtszuordnung zu ersetzen. Die Initiative beruft sich dabei auch auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum dritten Geschlecht.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Aktivitäten hat die Landesregierung bisher im Bundesrat unternommen, um die Anerkennung der Geschlechtsidentität und den Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechtszuordnung zu verbessern?
2. Welche bundesgesetzlichen Änderungen hat es seither gegeben?
3. Sieht die Landesregierung vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 10. Oktober 2017 (AZ BvR 2019/16) Handlungsbedarf zur Verbesserung der Situation der in Rheinland-Pfalz lebenden transidenten und intersexuellen Menschen?
4. Wie sollten nach Meinung der Landesregierung ein modernes Gesetz und ein Verwaltungsverfahren zur Anerkennung der Geschlechtsidentität und zum Schutz der Selbstbestimmung bei der Geschlechtszuordnung aussehen?

10. Abgeordnete

**Dirk Herber und
Simone Huth-Haage**
(CDU)

Veränderte Position der Landesregierung hinsichtlich der Feststellung des Alters unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA)

In der ursprünglichen Handlungsempfehlung des Landes zur Altersfeststellung hieß es: „Grundsätzlich muss beachtet werden, dass es keine wissenschaftlichen Methoden bzw. ärztliche Untersuchungen gibt, die das Alter eines Menschen exakt feststellen können. Da die meisten der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge zwischen 16 und 18 Jahre alt sind, ist eine medizinische Untersuchung für die Feststellung der Minderjährigkeit zumeist nicht hilfreich und zielführend.“ In der neuen jüngst vorgestellten Handlungsempfehlung heißt es nun hingegen: „Insbesondere in dem sogenannten Grenzbereich zwischen Volljährigkeit und Minderjährigkeit kann davon ausgegangen werden, dass durch die qualifizierte Inaugenscheinnahme das Alter nicht sicher festgestellt werden kann. Es ist im Sinn des Gesetzgebers, genau in diesen Fällen die möglichen Zweifel auszuräumen und gegebenenfalls einzugrenzen.“ Die Landesregierung geht in ihren jüngsten Äußerungen selbst von einem Anstieg der medizinischen Altersüberprüfungen aus.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie erklärt die Landesregierung nun ihren Positionswandel hinsichtlich der Notwendigkeit einer medizinischen Altersbestimmung?
2. Wieso setzt die Landesregierung erst jetzt zunehmend auf die Schwerpunktjugendämter und hat nicht bereits in den vergangenen zwei Jahren Aktivitäten unternommen, um eine schrittweise Zentralisierung der Altersbestimmung, insbesondere auch der medizinischen Untersuchungen, zu ermöglichen?
3. Sieht die Landesregierung, da sie selbst von einem Anstieg der medizinischen Altersüberprüfungen ausgeht, die geringe Zahl der medizinischen Altersüberprüfungen der Vergangenheit als Defizit an?
4. Welches Vorgehen empfiehlt die Landesregierung angesichts der neuen Empfehlungen hinsichtlich einer erneuten Altersüberprüfung der bereits anerkannten unbegleiteten minderjährigen Ausländer?

11. Abgeordnete
Daniel Schäffner,
Heijo Höfer,
Jörg Denninghoff und
Astrid Schmitt (SPD)

Aktueller Stand der Gespräche der MPK zur Mobilfunkversorgung

In der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten und auch kürzlich erst am 17. Mai 2018 wieder in der Konferenz der Chefin und Chefs der Staats- und Senatskanzleien sowie im Beirat der Bundesnetzagentur wurde bereits mehrfach die unzureichende und nicht flächendeckende Mobilfunkversorgung in Deutschland sowie der 5G-Ausbau zum Thema gemacht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Hat die Bundesregierung oder die Bundesnetzagentur ein Konzept beziehungsweise ein Maßnahmenpaket vorgelegt, wie „weiße Flecken“ im Mobilfunkbereich in Deutschland und in Rheinland-Pfalz geschlossen werden können?
2. Wurde im Beirat der Bundesnetzagentur der Beschluss zur Mobilfunkversorgung der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vom 18. bis 20. Oktober 2017 behandelt?
3. Wie soll die Ausbauverpflichtung in Rheinland-Pfalz bis Ende 2019 erfüllt werden?
4. Wie und wann wird die Bundesnetzagentur die nächste Frequenzversteigerung in die Wege leiten?

12. Abgeordneter
Matthias Joa (AfD)

WM-Austragungsort Kaiserslautern – Abstieg

Der 1. FC Kaiserslautern wird in der Saison 2018/2019 nicht mehr in der Zweiten Bundesliga spielen. Dies ist nicht nur eine große Enttäuschung für viele Pfälzer Fußballfans, sondern wird voraussichtlich auch wirtschaftliche Konsequenzen für Stadt und Region haben. Der Fußballaustragungsort Kaiserslautern wurde allerdings in der Vergangenheit massiv öffentlich gefördert.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Auswirkungen auf die Wirtschaft der Stadt Kaiserslautern hat der Abstieg des 1. FC Kaiserslautern nach Kenntnis der Landesregierung?
2. Wie wirkt sich der Abstieg des Vereins nach Kenntnis der Landesregierung auf die Finanzen der Stadt Kaiserslautern aus?
3. Welche Unterstützung hat die Landesregierung im Zeitraum 2000 bis 2017 für die Austragung der Fußball-WM und den Ausbau des Fritz-Walter-Stadions in Kaiserslautern gewährt (bitte herausragende Einzelmaßnahmen sowie eine Gesamtsumme nennen)?
4. Welche mittel- und langfristigen Ziele verfolgte die Landesregierung bei dieser Unterstützung?

13. Abgeordnete
Michael Wäschenbach
und Adolf Kessel (CDU)

Konsequenzen aus den aktuellen Entwicklungen im Altera-Senioren-Domizil in Frankenthal

Nach einem Bericht der Rheinpfalz vom 9. Mai 2018 sieht Sozialministerin Bätzing-Lichtenthäler keine Hinweise auf Lücken bei der Kontrolle nach dem LWTG im Land. Sie verteidigte den Ansatz von Beratung statt Kontrollen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Inwieweit böten mehr Kontrollen von Einrichtungen nach dem LWTG auch mehr Chancen, Vorfällen wie in Frankenthal vorzubeugen?
2. Inwieweit böten mehr Kontrollen von Einrichtungen nach dem LWTG auch mehr Möglichkeiten, den Ruf gut arbeitender Einrichtungen und der Fachkräfte dort gegenüber „schwarzen Schafen“ zu schützen?
3. Inwieweit wären mehr Kontrollen von Einrichtungen nach dem LWTG auch ein Beitrag, Bewohnerinnen und Bewohner wirksamer zu schützen?
4. Inwieweit wären mehr Kontrollen von Einrichtungen nach dem LWTG auch mehr Gelegenheiten, Informationen über Probleme bei der Umsetzung des LWTG zu gewinnen?

14. Abgeordnete

**Andreas Rahm und
Ingeborg Sahler-Fesel (SPD)**

Lebensmittelverschwendung in Rheinland-Pfalz

Der 2. Mai ist der Tag der Lebensmittelverschwendung; alle Lebensmittel, die bis zu diesem Tag produziert werden, landen in der Tonne. So werden im Schnitt in Deutschland pro Jahr 6,7 Millionen Tonnen Lebensmittel in Privathaushalten in den Müll geworfen; pro Person sind das jährlich 82 Kilogramm Lebensmittel. Global verdeutlicht dieses Überangebot im Gegensatz zum Hunger in Afrika und Südasien wieder einmal drastisch die Ungleichverteilung von Nahrung in der Welt. Für die Ökologie bedeutet die Lebensmittelverschwendung vor allem die Verschwendung von wertvollen Umweltressourcen, Rohstoffen, Energie und Wasser, die bei der Erzeugung und Beseitigung dieser Waren verwendet werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen im Zuge der Landesinitiative „Rheinland-Pfalz isst besser“ wurden im Bereich der Ernährungsbildung in Rheinland-Pfalz seit Mai 2016 angeboten?
2. Welche Informationen hat die Landesregierung zur Entwicklung der Lebensmittelverschwendung in Rheinland-Pfalz?
3. Welche Angebote der staatlichen Ernährungsberatung und der Beratung durch die Verbraucherzentralen in Zusammenarbeit mit Kommunen und Verbänden finden in Rheinland-Pfalz statt?
4. Welche weiteren Möglichkeiten sieht die Landesregierung, um Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken?

15. Abgeordnete

**Gabriele Wieland und
Thomas Weiner (CDU)**

Gründung der Infrastrukturgesellschaft Autobahn (IGA) – Auswirkungen auf das Personal beim Landesbetrieb Mobilität (LBM)

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie wird sich – nach Einschätzung der Landesregierung – der Übergang der LBM-Mitarbeiter auf die IGA gestalten?
2. Welche dienst- und verfahrensrechtlichen Vorschriften sind hierbei besonders zu beachten?
3. Wie wird sich – nach Einschätzung der Landesregierung – der Bedarf an LBM-Mitarbeitern nach der Gründung der IGA verändern?
4. Durch welche Maßnahmen versucht die Landesregierung sicherzustellen, dass der LBM nach der Gründung der IGA noch über ausreichend qualifizierte Mitarbeiter verfügt?

16. Abgeordneter

Michael Frisch (AfD)

Linke Propagandadelikte

Im Rahmen der Enthüllung der Marx-Statue in Trier am 5. Mai 2018 wurden zahlreiche Fahnen verfassungsfeindlicher Organisationen (DKP, SDAJ) sowie kommunistischer Massenmörder (Lenin, Stalin) gezeigt. Außerdem wurden Poster verkauft mit den Köpfen von Marx, Stalin, Lenin, Mao und Fidel Castro und zwar unter dem Titel „Welcome to the party“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Kriterien müssen erfüllt sein, damit ein Propagandadelikt dem Phänomenbereich „PMK-Links“ zugeordnet wird?
2. Welche konkreten Kennzeichen und Symbole werden aktuell als Propagandadelikt dem Phänomenbereich „PMK Links“ zugeordnet (bitte auflisten)?
3. Welche Konsequenzen hat das Verwenden von Kennzeichen und Symbolen verfassungsfeindlicher Organisationen im Rahmen der Enthüllung der Marx-Statue am 5. Mai 2018 in Trier?
4. In welcher Art und Weise haben sich die Vertreter der Landesregierung, die durch die Ministerpräsidentin, den Wissenschaftsminister und dessen Staatssekretär am 5. Mai 2018 in Trier vor Ort vertreten war, von den zahlreich erschienenen Anhängern des Kommunismus distanziert?

17. Abgeordnete**Bettina Brück und
Giorgina Kazungu-Haß
(SPD)****Zusatzausbildung für den islamischen Religionsunterricht**

Der islamische Religionsunterricht findet in Rheinland-Pfalz in Kooperation mit lokalen muslimischen Ansprechpartnern seit dem Schuljahr 2004/2005 statt. Er leistet sowohl einen wichtigen Beitrag für den interreligiösen Dialog an rheinland-pfälzischen Schulen, ist aber auch für die Integration der Familien mit muslimischem Glauben wichtig.

Außerdem bietet der islamische Religionsunterricht die Möglichkeit, sich in dialogorientierter und reflektierender Form mit dem Islam und dem muslimischen Glauben auseinanderzusetzen.

Das Land Rheinland-Pfalz hat mit Baden-Württemberg eine Vereinbarung geschlossen, die es ermöglicht, bis zu zehn rheinland-pfälzische Lehrkräfte an die Pädagogischen Hochschule Karlsruhe zum Erweiterungsstudiengang „Islamische Theologie/Religionspädagogik“ bzw. an die Pädagogische Hochschule Weingarten zum Studiengang „Alevitische Religionslehre/Religionspädagogik“ zu entsenden.

In Kürze werden diese Studienplätze durch das Bildungsministerium ausgeschrieben und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausgewählt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Ausbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte für islamischen Religionsunterricht gibt es in Rheinland-Pfalz und wie viele Personen haben bisher diese Angebote wahrgenommen?
2. Wie beurteilt die Landesregierung die Qualität der Ausbildung?
3. Welche Unterstützungsangebote gibt es für islamische Religionslehrkräfte im Schulalltag?

18. Abgeordnete**Dr. Denis Alt und
Benedikt Oster (SPD)****Elektrifizierung von Bahnschienen in Rheinland-Pfalz**

Die Allgemeine Zeitung berichtete am 26. April 2018 vom 12. Deutschen Nahverkehrstag in Koblenz. Dort habe die Bahnbranche eine Vision zur Umstellung von Dieselantrieb auf alternative Antriebe, insbesondere auf elektrifizierte Bahnschienen, vorgestellt. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene ist vereinbart, das deutsche Schienennetz bis 2025 zu 70 Prozent elektrifizieren zu wollen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung bereits Informationen seitens des Bundesverkehrsministeriums hinsichtlich der geplanten Förderinitiative zur Elektrifizierung regionaler Schienenstrecken vor?
2. Wurde die Landesregierung bereits aufgefordert, Projektvorschläge zur Elektrifizierung von Bahnschienen in Rheinland-Pfalz einzubringen?
3. Inwiefern hat die Landesregierung vor, sich auf die geplante Förderinitiative zur Elektrifizierung regionaler Schienenstrecken vorzubereiten?
4. Verfügt die Landesregierung bereits über Projektvorschläge, die sie gegebenenfalls auch kurzfristig beim Bundesverkehrsministerium einreichen kann?

